



Bedeutend sind die Besetzungen nicht zuletzt in ihrer Auswirkung auf die Linke im weitesten Sinne. Seit 40 Jahren geht es mit ihr bergab. Der gewerkschaftliche Organisierungsgrad liegt in der Privatwirtschaft bei 6,9%. Sozialistische oder kommunistische Parteien sind nahezu verschwunden. Einpunktbewegungen hatten ihren Auftrieb, sind aber entweder erschöpft oder wurden vom Mainstream aufgesogen. Alle diese Linken, die bewussten wie die impliziten, spricht Occupy Wall Street (OWS) nun an. Mit der Botschaft «Du bist nicht allein, sondern Teil einer Massenbewegung», erreicht sie Millionen US-Bürger. Sie sammelt und mobilisiert die Linke und dies erfolgreicher als die meisten Massenbewegungen vor ihr.

Eine entscheidende Dimension der OWS-Bewegung ist ihr breit angelegter und inklusiver Charakter. Die Menschen werden angesprochen und organisiert auf Grundlage der einfachen wie einleuchtenden Entgegensetzung zwischen den 99%, zu denen sie sich zugehörig fühlen, und dem 1%, dem die Finanzinstitutionen und Großunternehmen gehören und das die Regierung kontrolliert. Dieses 1%, das die Krise verursacht hat, nutzte seinen Regierungseinfluss dazu, um sich

auf Kosten der 99% entschädigen zu lassen. Auf dieser Grundlage verbindet sich die Kritik am ökonomischen Versagen mit der an einer undemokratischen Politik. Hinzu kommt ein deutlicher Schwerpunkt auf ökologischen Forderungen sowie eine lange Liste eher klassischlinker Anliegen wie allgemeine Krankenkasse und Verstaatlichung der Banken.

Wir sind seit Jahrzehnten im Krieg, nicht nur in Afghanistan oder dem Irak, sondern hier, zuhause in den USA. Es ist ein Krieg gegen die Armen, der geführt wird.

Frances Fox Piven, New York

Die OWS-Bewegung verfügt nur über minimale Organisationsstrukturen - das entspricht ihrer Skepsis gegenüber hierarchischen Strukturen. Dennoch ist sie de facto erstaunlich gut und effektiv organisiert. Das rasche Anwachsen der Bewegung wurde bislang ausgezeichnet bewältigt. Sie war in der Lage, komplexe Manöver mit der Polizei und anderen Staatsapparaten durchzuführen. Die interne Logistik im Zuccotti Park lief wie am Schnürchen. Das Übernachten, die täglichen Verpflegung, die Reinigung des Platzes, die medizinischen Betreuung - das zu organisieren

waren schwierige Herausforderungen. Hinzu kamen umfangreiche Weiterbildungsmaßnahmen (Seminare, akademische Vorträge, offene Foren), eine öffentliche Bücherei auf einer Seite des Platzes, die Organisation gemeinsamer Debatten und Entscheidungen in der Generalversammlung, der Umgang mit schnell anwachsenden Pressekontakten, die Vorbereitung und Durchführung von Kulturveranstaltungen usw.

Dass es den Organisatoren gelang, an einem Tag (dem 15. Oktober) mehrere große Demonstrationen und Kundgebungen auf eine Weise zu organisieren, dass sie sich nicht Konkurrenz machten, sondern wechselseitig verstärkten, zeugt von großer politischer Klugheit. Es gibt kulturelle Neuschöpfungen: Das Verbot von Mikrophonen und Megaphonen hat eine neue Form der Massenkommunikation hervorgebracht, bei der die ZuhörerInnen die gehaltenen Reden über wiederholende Sprechchöre weiterverbreiten - Satz für Satz, jeden Satz in mehreren Echowellen. Geht der Kontakt mit den äußeren Reihen verloren, wird die Rede durch den Chor »mic check!« unterbrochen. Beeindruckend ist bereits, dass dies funktioniert. Hinzu kommt, was man etwas altertümlich die Klugheit und Kreativität der Massen nennen könnte. Der Zwang zu kurzen Sätzen sowie das kombinierte Hören-Sprechen schaffen eine intensive Verbindung zur Sprache und zum Miteinander, sind ästhetisches Kunstwerk und Aktionstheater in einem

Richard Trumka, Vorsitzender der AFL-CIO, besuchte OWS schon frühzeitig, betonte ihre Legitimität und unterstützte sie de facto. Dies ermöglichte den lokalen Gewerkschaften, sich an der Bewegung zu beteiligen, ohne Schwierigkeiten mit der Führung des Dachverbands befürchten zu müssen. So solidarisierten sich z.B. die Gewerkschaften der Lehrer und der Kommunikationsbranchen und schützten die OWS-Bewegung vor der Polizei, die ebenfalls zu einem großen Teil gewerkschaftlich organisiert ist. Die Gewerkschaften haben mittlerweile Versammlungsräume angeboten. Die OWS-Bewegung hat wiederum Demonstrationszüge zu den gerade ablaufenden Streikaktionen, v.a. dem großen Verizon Streik organisiert. Das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und einer linken, antikapitalistischen Bewegung ist weitaus enger als früher.

Die OWS-Initiative ist offen und einladend. Die programmatischen Aussagen sind allgemein formuliert, breit angelegt und flexibel. In der Selbstdarstellung legt man ein besonderes Augenmerk auf Gemeinschaft, Solidarität, Kreativität und Freude, die die Aktivisten in ihrem Engagement finden. Dem passiven Ausgeliefertsein der Vereinzelten wird die Lust am gemeinsamen Tun-Können entgegengesetzt.

Zentral sind Debatten um eine Alternative zum gegenwärtigen Kapitalismus selbst und die mit ihnen verbundene demokratische Diskussionskultur. Das Interesse an marxistischer und sozialistischer Kapitalismuskritik ist beachtlich. Indem die OWS diese Kritik in ihre Debattenkultur einbezieht, kann sie einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung und Aktualisierung einer linken Alternative im 21. Jahrhundert beitragen. Dafür braucht es einen langen Atem.

Rick Wolff und Jan Rehmann arbeiten als Wissenschaftler und Dozenten in New York und arbeiten eng mit Community- und Gewerkschaftsbewegungen zusammen.

Gekürzter Beitrag aus der Zeitschrift LUXEMBURG 4/2011.

OCCUPY UND DIE MOSAIKLINKE

Nach über drei Jahren Krise hat auch in Europa und den USA mit den «Empörten» und «Occupy Wall Street» endlich ein neuer Bewegungszyklus eingesetzt. Diese Bewegungen reagieren auf eine Krise der Repräsentation, die Herrschaft der 1% gegen die 99% der Bevölkerung. Sie treten für direkte, horizontale und inklusive Formen von Partizipation ein. Insofern sind sie tatsächlich eine Bewegung für «wirkliche Demokratie». Ihr Beweggrund ist die handfeste Verletzung breiter sozialer Interessen, einer sinnvollen Arbeit ohne Armut, einer bezahlbaren Ausbildung, einer Perspektive auf ein würdevolles Leben. Die Forderungen der Bewegungen werden nicht in der üblichen Weise formuliert, denn es gibt niemanden, an den sie diese Forderungen adressieren könnten oder wollten. Das Repräsentationsprinzip an sich wird hier in Frage gestellt. Zu Recht, denn Repräsentation verbindet und trennt, sie enthält die Ungerechtigkeit, dass für andere gesprochen wird. Es geht nicht um die eine oder andere Forderung, sondern um die Ablehnung einer entleerten, bloß formalen Demokratie. Es geht um die Öffnung von Diskussionsräumen für grundlegende gesellschaftliche, «systemische» Veränderungen, um neue Fragen und Sichtweisen. Immer geht es um die Erfahrung der Zukunftslosigkeit und die Verletzung von Gerechtigkeitsprinzipien.

STRATEGIEDEFIZITE VON LINKSPARTEIEN UND BEWEGUNGEN

Diese Bewegungen könnten auch ein Weckruf für die linken Parteien, Gewerkschaften und übrigen Bewegungen in Europa sein, die bislang mit der Krise überfordert sind. Parlamentarische Opposition verfängt nicht bei den «Empörten». Sie hat wenig zustande gebracht angesichts der Krise. Die traditionellen Gewerkschaften vertreten nur noch schwindende Teile der Beschäftigten, nicht aber ein wachsendes Prekariat. Die Rituale linksradikaler Bewegungen werden als sektiererisch empfunden, ihre Mobilisierungsfähigkeit in der

Krise war - abgesehen von Griechenland - bescheiden. Eine europäische Koordinierung, wenigstens Debatte, ist bisher nicht zustande gekommen. Der Zorn der neuen Bewegung trifft somit auch die parlamentarische wie die Bewegungslinke. So wurden etwa in Spanien Solidarisierungsversuche der Izquierda Unida (Vereinigten Linken) mit Wasserduschen und Pfiffen beantwortet. In den USA sieht das anders aus (vgl.). Doch in Europa lassen sich große Teile der Linken nur zaghaft auf die neuen Bewegungen ein. Es dominieren Abwarten und Abgrenzung. Politische Kulturen, Zusammensetzung, Ziele scheinen zu unterschiedlich.

So stellt jeder Zyklus immer auf neue und komplexere Weise die Frage der Vermittlung der Bewegungen und ihrer jeweils unabgegoltenen Ziele und Erfahrungen. So war jeder neue Zyklus immer auch mit neuen Fragmentierungen und Spaltungen innerhalb der Linken verbunden. Das größte strategische Defizit zeigt sich aber im Umgang mit der bestehenden formal-repräsentativen Demokratie: Deren Ablehnung, einschließlich der Linksparteien, durch die Bewegung führt zu weitgehender Wahlenthaltung. In Portugal, Griechenland oder Spanien bringt dies konservative und rechts-nationalistische Kräfte in die Regierung. Überall in Europa verlieren Linksparteien an Rückhalt, während sozialdemokratische und formal-sozialistische Parteien, aber auch Grüne, für ein Festhalten an einer massiven Kürzungspolitik eintreten.

Die spanischen Indignados sind nach der Besetzung der großen Plätze zur Organisation in den Barrios und zu Besetzungen von Häusern und Hospitälern übergegangen; in den USA bringt sich die Bewegung von den Versammlungen aus in die Organisierung um Belange der Communities ein, in Oakland werden systematisch zwangsgeräumte Häuser wieder angeeignet. Wehrt euch!

Christina, Berlin

Es ist eine Farce der Geschichte, dass ausgerechnet Berlusconi das letzte Bollwerk gegen die deutschfranzösischen Kürzungsdiktate war. Während in Europa offen Demokratie als «Gefahr» und die Forderungen nach einem Referendum in Griechenland als «Verrat» gebranntmarkt werden, verpuffen die Impulse der neuen Demokratiebewegungen, wie die Proteste der institutionellen und der Bewegungslinken.

ARBEIT AN EINER MOSAIKLINKEN

Es bedarf eines Projekts einer Mosaiklinken, die Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien neu verbindet. Die Forderung nach direkteren Formen der Partizipation, eine Demokratisierung von Staat und Ökonomie, ist dabei essentiell. Da kein Teil der pluralen Linken, keine Partei, keine Gewerkschaft, keine linke Avantgarde mehr eine Führungsrolle beanspruchen kann, aber vermieden werden muss, dass

Pluralität in Spaltung umschlägt, bedarf es der Entwicklung einer Mosaiklinken (vgl. Candeias 2010). Dies meint: Fragmentierungen und Differenzen produktiv nutzen und Machtungleichgewichte und unterschiedliche Funktionslogiken zwischen Parteien und parlamentarischer Politik, Großorganisationen wie Parteien, Bewegungen und kleinen Initiativen demokratisch und auf gleicher Augenhöhe zu begreiten

Mario Candeias ist Referent für Kapitalismuskritik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung und in diversen Bewegungskontexten aktiv.

BEITRÄGE ZUR KRISE





TASOS KORONAKIS

TEIL DER BEWEGUNG SEIN

LINKSPARTEI AUF DEM SYNTAGMA-PLATZ

In der Linken gibt es drei Strategien, wie mit den neuen Bewegungen für eine wirkliche Demokratie umzugehen sei.

Die erste: Wir müssen dorthin und ihnen unser Programm vorstellen, wir haben die Lösung für alles. Wir haben Sozialismus, Gerechtigkeit, Demokratie alle in unserer Tasche und wir müssen die Menschen davon überzeugen, dass wir die Lösung haben.

Die zweite Strategie lautet: Wir gehen nicht auf die Plätze, weil dort Leute sind, mit denen wir nicht zusammenarbeiten; wir können sie nicht kontrollieren, wir wissen nicht, was sie nach zehn Tagen machen, vielleicht ruinieren sie unseren Ruf.

Die dritte Strategie ist, auf die Plätze zu gehen und alles zu verstärken, was die Menschen dort sagen: ja, wir müssen die griechischen Flaggen über den Platz einrichten, ja, wir müssen alles umsetzen, was ihr fordert. Das ist opportunistische Politik.

Nein, wir sollten versuchen, einzubringen, was wir in den letzten Jahren von der globalisierungskritischen Bewegung gelernt haben. Wir brauchen eine allgemeine, offene Diskussion über das Verhältnis von Bewegung und Partei, wir müssen all diese Erfahrungen in zwei schwierige Felder einbringen:

1. Wir müssen mit unseren Ideen Teil der Bewegungen sein. Nicht unbedingt mit unseren Fahnen, aber mit unseren Vorstellungen. Wir müssen darstellen, was unseres Erachtens in der Welt und Europa vorgeht, wie die Finanzkrise bearbeitet wird und dadurch eine neue, eine «menschliche» Krise entsteht, eine Krise der Arbeit, der Arbeitslosigkeit. 2. Wir nehmen mit unseren Körpern an den Bewegungen teil. Wir repräsentieren keine tausende zuhause Gebliebenen, wir repräsentieren uns. 3. Wir gehen auf die Plätze und bringen un-



In den USA gibt es ein starkes
Bemühen von Occupy, Gewerkschaften, Organizern aus den
Communities of Color, zur
gegenseitigen Unterstützung und
Kooperation. In Europa sind die
Wege der Organisationen der
Linken und der Lohnabhängigen
zu den Bewegungen nur
punktuell. Come Together!
Yannis, Athen

sere Positionen ein, die mit unseren konzeptionellen Vorstellungen verbunden sind, die aber auch neue Bündnisse, neue Handlungsmöglichkeiten hervorbringen können. 4. versuchen wir, eine neue Verbindung zwischen zentralisierter Politik und Basisbewegungen zu ermöglichen. 5. Wir versuchen, unsere Agenda einzubringen und auf die Propaganda der Massenmedien mit unseren Werten zu antworten. 6. Gegen die Angst, die aus der Politik der Herrschenden entstanden ist, müssen wir Hoffnung produzieren. Die Menschen haben Geld, Arbeit, Renten, Selbstsicherheit verloren, darauf müssen wir Antworten finden. 7. Schließlich müssen wir Linken uns selbst, unsere Geschichte überwinden: Wir kommen aus der Geschichte der Linken, den Kämpfen der 1970er Jahre, unsere Leute sind aus den

Kämpfen der 1970er hervorgegangen. Jetzt müssen wir die Kämpfe führen, die die zukünftigen Leute der Linken hervorbringen werden, die Zukunft der Gesellschaft. Wir müssen einen Weg finden, Sozialismus zu einer realen Idee zu machen, zu einem tatsächlichen Weg zu Demokratie, Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit. Das ist nichts, was sich irgendwo oben in den Wolken abspielt, sondern unten auf den Plätzen.

Als wir eine große Versammlung hatten mit 10.000 Menschen, die über Demokratie diskutierten, standen um uns herum 5.000 Polizisten, von denen die Regierung sagte, sie seien da, um die Demokratie zu schützen. Demokratie für wen? Schützen die 10.000 Menschen in der Versammlung die Demokratie oder die Polizisten? Das verdeutlicht bildhaft, was auf dem Syntagma-Platz geschieht. Das ging weiter, bis zum Tag Null, als das Memorandum II abgestimmt wurde. Jetzt bereiten sie sich auf das Memorandum III oder IV vor. Wir können dem nur begegnen mit Einigkeit aller Anti-Memorandum-Kräfte, Anti-Regierungskräfte der Linken und Fortschrittlichen. Weiter brauchen wir massenhaften zivilen Ungehorsam - wir haben

einfach nicht das Geld, die neuen Steuern zu bezahlen. Wenn 10.000 Menschen die Steuern nicht zahlen, wird ihnen vielleicht der Strom abgestellt, wenn aber eine, zwei Million Menschen nicht zahlen, kann ihnen niemand den Strom abstellen. Griechenland würde im Dunkeln liegen.

Viele Menschen können gemeinsam eine neue Hoffnung für die griechische Arbeiterklasse schaffen. Als Individuen können wir nichts schaffen, Individuen sind die ersten Opfer der Kürzungen: Frauen, Senioren, Jugendliche. Um die Not zu wenden, müssen sie geschützt werden, kollektiv. Das ist die Aufgabe, der sich die Linken stellen müssen.

Tasos Koronakis ist Mitglied der griechischen Linkspartei Synaspismos und aktiv auf dem Syntagma-Platz.

Gekürzter Beitrag aus der Zeitschrift LUXEMBURG 4/2011.

VERSTÄNDLICHE ERKLÄRUNGEN ZUR WIRTSCHAFTSPOLITIK
HTTP://WIPO.VERDI.DE/WIRTSCHAFTSPOLITIK_AKTUELL

SONJA STAACK

GEWERK-SCHAFTEN UND OCCUPY

ZWEI AUFBRÜCHE, EINE IDEE

«Occupy ist keine Organisation, Occupy ist eine Idee.» So riefen Aktivistinnen und Aktivisten der Occupy-Bewegung am 12. November 2011 vor dem Brandenburger Tor den Versammelten entgegen, die dem Aufruf Banken in die Schranken von attac, campact und den Naturfreunden gefolgt waren. Eine Formulierung dieser Idee lautet: Wir sind die 99 %. Politik, so der Anspruch, soll nicht mehr für das 1% da oben gemacht werden, das von den Spekulationen auf den Finanzmärkten profitiert. Echte Demokratie soll eine Politik im Interesse der Mehrheit durchsetzen. Der Gedanke ist nicht neu, aber von neuer Aktualität und neu zu formulieren.

Occupy ist keine Organisation. Ähnlich dem Motto *Trau keinem über 30* scheint eine Haltung zu dominieren, die warnt: *Trau keiner Organisation, die mehr als 30 Mitglieder hat.* Gewerkschaften dagegen sind Organisationen, ziemlich große und hin und wieder etwas schwerfällige sogar. Organisationen, die viele Ideen hervorgebracht und teils machtvoll durchgesetzt haben, denen in der aktuellen Krise aber auch manchmal die Ideen oder zumindest die Puste auszugehen scheinen.

Alle eint die Empörung über die Konsequenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Wieder einmal sollen Arbeiterinnen und Arbeiter. Erwerbslose. Rentnerinnen und Rentner die Zeche zahlen für ein Casino-Spiel, das niemals ihres war. Die Löhne stagnieren, die öffentliche Infrastruktur wird kaputt gespart, die Renten und die sozialen Leistungen werden zusammengestrichen. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf, ganze Länder stehen vor dem finanziellen Abgrund. Die unsichtbare Hand des Marktes hat uns nicht zum Allgemeinwohl, sondern in den sozialen Ruin geleitet. In ganz Europa regieren Rettungsschirme für die Banken und Sparprogramme für die Menschen.

Wir stehen gemeinsam vor der Aufgabe, dem kriselnden Wirtschaftssystem einen neuen Rahmen zu geben. Eine der grundlegenden Ideen der Gewerkschaftsbewegung war und ist, dass Demokratie nicht an den Toren der Fabrikhallen und Büropaläste aufhören darf. Wenn nicht die Menschen für die Wirtschaft, sondern die Wirtschaft für die Menschen da sein soll, müssen die Menschen die Wirtschaft auch gestalten können. Es geht um die Mitbestimmung von Beschäftigten im Betrieb, um die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Strukturen und um eine demokratische Regulierung des gesamten Wirtschaftssystems.

Ich arbeite am Flughafen. Die Leute glauben, weil ich eine schicke Uniform trage, verdiene ich viel Geld. Aber nach 26 Jahren sind es gerade 7,5 US-\$ die Stunde. Und ich habe keine Lohnfortzahlung bei Krankheit, keine Krankenversicherung, keinen Urlaub, nichts. Ich gehöre zu den 99%.

Sally, Occupy Harlem

Wie all das konkret aussehen soll, darauf haben die Gewerkschaften genauso wenig eine fertige Antwort wie die Occupy-Bewegung. Die diesjährigen Gewerkschaftstage von IG Metall und ver.di haben beide einen Auftakt für eine neue konzeptionelle Debatte gegeben. Dabei müssen die Diskussionen auch in den Asambleas der Occupy-Bewegung nicht von Null anfangen, sondern können – und sollten – bestehende Debattenstränge



aufgreifen und weiterentwickeln. Die Gewerkschaften sollten sich ihrerseits nicht hinter verschlossenen Türen verstecken, sondern neue Ideen aus den sozialen Bewegungen aufnehmen, Kritik zulassen und manche lieb gewonnene Strategie auf den Prüfstand

stellen. Nur so lassen sich die starken – nicht zuletzt gewerkschaftlichen – Ideen von Demokratie und sozialer Gerechtigkeit mit neuem Leben füllen.

Sonja Staack ist stellvertretende Vorsitzende von ver.di Berlin.



Wenn wir uns jetzt in Solidarität versammeln, um einem Gefühl der massenhaften Ungerechtigkeit Ausdruck zu verleihen, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, was uns zusammengebracht hat. Wir schreiben, damit alle Menschen, die sich von den Unternehmensmächten der Welt misshandelt sehen, wissen, dass wir eure Alliierten sind. Vereint, vormals geteilt durch unsere Hautfarbe, unser Geschlecht, unsere sexuelle Orientierung, unsere Religion oder das Fehlen von Religion, durch unsere politische Partei und unseren kulturellen Hintergrund, nehmen wir die Realität zur Kenntnis: und dass unser Überleben die Zusammenarbeit aller erfordert; dass unser System unsere Rechte schützen muss, und dass es, wenn das System korrumpiert ist, die Aufgabe der Einzelnen ist, ihre Rechte und die ihrer Mitbürger zu schützen; dass ein demokratischer Staat seine gerechte Macht vom Volk ableitet, dass aber Unternehmen keine Zustimmung dafür suchen, aus Menschen und der Erde Reichtum zu ziehen; und dass keine wahre Demokratie möglich ist, wenn der Prozess von ökonomischer Macht bestimmt wird. Wir kommen in einer Zeit zu euch, in der Konzerne Profit über Menschen setzen, Eigeninteressen über Gerechtigkeit, und Unterdrückung über Gleichheit, unsere Staaten kontrollieren. Wir haben uns, wie es unser Recht ist, friedlich versammelt, um diese Tatsachen bekannt zu machen.

Sie haben uns unsere Häuser durch illegale Zwangsvollstreckungen genommen, obwohl sie die Hypothek gar nicht besaßen.

Sie haben ohne weitere Auflagen Rettungszahlungen auf Kosten der Steuerzahlenden erhalten und gleichzeitig ihren Vorständen exorbitante Boni gezahlt.

Sie haben Ungleichheit und Diskriminierung am Arbeitsplatz entlang von Alter, Hautfarbe, Geschlecht oder sexueller Orientierung am Arbeitsplatz fortgeführt.

Sie haben die Nahrungsmittelversorgung vergiftet, und die Landwirtschaft durch Monopolisierung untergraben.

Sie haben fortgesetzt versucht, den ArbeiterInnen ihr Recht auf Organisierung und Verhandlung über ihre Bezahlung oder über sicherer-Arbeitsbedingungen zu nehmen.

Sie haben Studenten mit Zehntausenden Dollar Ausbildungsschulden in Geiselhaft genommen, wo doch Ausbildung ein Menschenrecht ist

Sie haben ständig Arbeitsplätze



An die Menschen der Welt, wir, die Generalversammlung von New York City, die auf dem **Liberty Square die Wall Street** besetzt hält, drängen euch, eure Macht geltend zu machen. Übt euer Recht aus, euch friedlich zu versammeln; besetzt öffentlichen Raum: schafft einen Prozess, um die Probleme, mit denen wir konfrontiert sind, anzugehen und allen zugängliche Lösungen zu entwickeln. An alle Gemeinschaften, die handeln und Gruppen im Geiste der direkten Demokratie gründen: Wir bieten euch Unterstützung. **Dokumentation und alle Ressour**cen an, die uns zur Verfügung stehen. Schließt euch uns an und verschafft euch Gehör!

verlagert und dies als Ansatzpunkt genutzt, um Gesundheitsversorgung und Löhne der ArbeiterInnen zu beschneiden.

Sie haben die Gerichte beeinflusst, um die gleichen Rechte wie Menschen zu erhalten, jedoch ohne Schuldfähigkeit oder Verantwortung tragen zu müssen.

Sie haben Millionen für Anwälteteams ausgegeben, die ihnen Wege aus Krankenversicherungsverträgen suchen.

Sie haben unsere Privatsphäre als Ware verkauft.

Sie haben Militär- und Polizeigewalt eingesetzt, um die Freiheit der Presse zu verhindern. Sie haben es mit voller Absicht abgelehnt, fehlerhafte Produkte zurückzurufen, und so mit ihrer Profitstreben Menschenleben gefährdet.

Ich ging zur Schule, um meine Träume zu verwirklichen. Nun bin ich mit über 10.000 US-\$ verschuldet und finde keinen Job. Ich bin finanziell wieder auf meine Eltern angewiesen, die sich selbst täglich abstrampeln müssen. Es fühlt sich an, als ob ich versagt habe. Meine Fähigkeiten und Wünsche sind nichts wert. Ich bin eine von den 99%.

Rachel, Boston

Sie bestimmen die Wirtschaftspolitik trotz der katastrophalen Fehlschläge, die ihre Politik produziert hat und weiterhin produziert.

Sie haben große Geldsummen an jene Politiker gespendet, die sie eigentlich kontrollieren sollten.

Sie blockieren weiterhin alternative Energien, um uns vom Öl abhängig zu halten.

Sie blockieren medizinische Generika, die Menschenleben retten könnten, nur um Investitionen zu schützen, die bereits erhebliche Profite eingebracht haben.

Sie haben in ihrem Profitstreben Ölverschmutzungen, Unfälle, Buchhaltungsfehler und wirkungslose Inhaltsstoffe absichtlich geheimgehalten.

Sie halten mithilfe ihrer Kontrolle über die Medien die Menschen absichtlich fehlinformiert und ängstlich. Sie haben Kolonialismus hier und im Ausland verbreitet

Sie haben sich an Folter und Mord unschuldiger ZivilistInnen in Übersee beteiligt.

Sie bauen weiterhin Massenvernichtungswaffen, um Regierungsaufträge zu bekommen.

Und sicher könnten weitere Klagen erhoben werden.



Ich arbeite in einem CallCenter.
Angst um den Job hat uns alle
passiv und unterwürfig werden
lassen. Aber nach der Besetzung
der Plätze durch die Empörten
brachen die Kolleginnen ihr
Schweigen gegen die Ungerechtigkeiten. Wir gingen in den
Streik. Das Beispiel der gemeinsamen Aktionen auf den Plätzen
hat uns neue Zuversicht und
Selbstvertrauen verliehen.
Empört euch!
Bea, Barcelona

WIRKLICHE DEMOKRATIE

FORDERUNGEN DER SPANISCHEN INDIGNADOS, DER BEWEGUNG DER EMPÖRTEN

1. ABSCHAFFUNG DER PRIVILEGIEN DER POLITISCHEN KLASSE

Strikte Kontrolle allfälliger Arbeitsversäumnisse der gewählten Amtsträger. Gezielte Sanktionen bei Amtspflichtverletzung.

Beseitigung der Steuerprivilegien, der Privilegien bei der Beitragszahlung an Pensionskassen und beim Bezug von Pensionen. Angleichung der Gehälter der gewählten Amtspersonen an das mittlere Einkommen in Spanien zuzüglich der Spesen, die bei der Ausübung des Amtes wirklich notwendig sind.

Aufhebung der Immunität. Unverjährbarkeit bei Korruption. Obligatorische Veröffentlichung der Ver-

mögen aller Inhaber öffentlicher Ämter. Kürzung der frei verfügbaren Spesen.

2. GEGEN DIE ARBEITSLOSIGKEIT

Verteilung der Arbeit, durch Reduktion der Arbeitszeit reduziert, bis die strukturelle Arbeitslosigkeit beseitigt ist (d.h. mind. unter 5%). Pensionierung mit 65 Jahren. Keine Erhöhung des Pensionsalters, bevor die Jugendarbeitslosigkeit beseitigt ist.

Bonus für Unternehmen, die weniger als 10% Angestellte mit befristeten Arbeitsverträgen haben. Sicherheit bei der Anstellung: Verbot von Massenentlassungen bei gro-

ßen Unternehmen, solange Gewinne ausgewiesen werden, selbst wenn objektive Gründe vorliegen. Überwachung der großen Unternehmen, um sicherzustellen, dass sie nicht Arbeitsplätze mit zeitlich befristeten Beschäftigten besetzen, obwohl Festanstellungen möglich wären. Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützung von 426 Euro für

3. RECHT AUF WOHNUNG

alle Langzeitarbeitslosen.

Staatliche Enteignung von Wohnungen, die auf Vorrat gebaut und nicht verkauft wurden, so dass sie auf einem geschützten Wohnungsmarkt vermietet werden können. Mietzuschüsse für Junge und Menschen mit geringem Einkommen. Ermöglichung der «Leistung an Erfüllung Statt» (1), so dass Hypotheken aufgehoben werden können.

4. QUALITÄT ÖFFENT-LICHER DIENSTE

Vermeidung unnötiger Ausgaben bei den öffentlichen Verwaltungen und Einführung einer unabhängigen Kontrolle der öffentlichen Budgets und Ausgaben.

Anstellung von Personal, bis es bei den Gesundheitsdiensten keine Wartelisten mehr gibt. Anstellung von Lehrern, damit die Klassengrößen nicht weiter zunehmen und der Förder- und Stützunterricht gewährleistet ist. Reduktion der Einschreibegebühren bei allen universitären Studiengängen, und Angleichung der Kosten von Aufbaustudien an jene der Grundstudien. Öffentliche Finanzierung der Forschung, um ihre Unabhängigkeit zu garantieren.

Günstige und ökologisch nachhaltige öffentliche Verkehrsmittel, die den Bedürfnissen und Qualitätsanforderungen der Nutzerlnnen genügen. Wiederinbetriebnahme der Züge, die durch den Schnellzug AVE ersetzt wurden und Wiedereinführung der ursprünglichen Preise. Verbilligung der Abonnements im öffentlichen Verkehr.

Verbesserung der sozialen Leistungen vor Ort. Wirksame Anwendung des Gesetzes zur Behindertenhilfe, Schaffung eines Betreuungsdienstes auf Gemeindeebene.

5. KONTROLLE DER BANKEN

Verbot jeglicher Art von Bankenrettung oder Kapitalspritzen für Banken. Banken in Schwierigkeiten müssen Konkurs gehen oder verstaatlicht werden, so dass ein Bankensektor unter echter öffentlicher Aufsicht entsteht.

Erhöhung der Steuern für die Banken proportional zu den öffentlichen Ausgaben, die im Zuge der Krise wegen schlechter Geschäftsführung notgedrungen getätigt wurden.

Rückerstattung aller öffentlichen Gelder, die für die Bankenrettung aufgewendet wurden.

Verbot für spanische Banken, in Steuerparadiesen zu investieren.

Regulierung und Sanktionierung spekulativer Geschäfte und anderer schädlicher Geschäftspraktiken der Banken.

6. BESTEUERUNG

Steuererhöhung für große Vermögen und Großbanken.

Auflösung riskanter Kapitalanlagegesellschaften.

Wiedereinführung der Erbschaftssteuer.

Tatsächliche und wirksame Kontrolle von Steuerhinterziehung und Steuerflucht.

Einsatz auf internationaler Ebene für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf internationale Devisengeschäfte (Tobin-Steuer)

7. BÜRGERLICHE FREI-HEITEN UND PARTIZIPATI-VE DEMOKRATIE

Nein zur Überwachung des Internets. Aufhebung des Sinde-Gesetzes (2)

Schutz der Informationsfreiheit

und des investigativen Journalis-

Obligatorische und verbindliche Volksentscheide bei Fragen, welche die Lebensbedingungen der Bürger tiefgehend verändern.

Obligatorische Volksentscheide vor der Einführung diktatähnlicher Bestimmungen seitens der Europäischen Union.

Anpassung des Wahlgesetzes, so dass ein wirklich repräsentatives Verhältniswahlsystem garantiert ist, und in dem auch Leerstimmen und ungültige Stimmen in der Legislative ihren Niederschlag finden.

Reform der Staatsanwaltschaft, um deren Unabhängigkeit zu garantieren. Nein zur Nominierung der Mitglieder des Verfassungsgerichts und des Richterwahlausschusses durch die Exekutive.

Einführung wirksamer Mechanismen, die demokratische Prozesse innerhalb der Parteien garantieren.

8. REDUKTION DER MILITÄRAUSGABEN

30. Mai 2011

Anmerkungen des Übersetzers:

- 1 Juristischer Begriff. Erläuterungen dazu siehe http://de.wikipedia.org/wiki/ Erfüllung_%28Recht%29
- 2 Umfassendes Gesetz zur «Modernisierung der spanischen Wirtschaft», unter anderem auch zur Regulierung des Internets und des Urheberrechts, siehe dazu, allerdings in spanischer Sprache: http://es.wikipedia.org/wiki/Ley_Sinde



MARIO CANDEIAS

SCHULDENKRISE POLITISIEREN

Was könnte ein Einstiegsprojekt für eine europäische Mosaikline in dieser Situation sein? Wie kann die Schuldenkrise von links politisch aufgegriffen werden? Die Debatte verläuft meist abstrakt-technisch. Die Geschehnisse auf den Finanzmärkten sind an sich schon schwer begreiflich. Vorschläge zu Rettungsschirmen, Eurobonds, Eigenkapitalvorschriften, Reregulierung, Finanztransaktionssteuer, Kapital- und Vermögenssteuern, Trennung von normalem Kundengeschäft und Investmentbanking, Verbot von Leerverkäufen, Kapitalverkehrskontrollen, Wirtschaftsregierung etc. - das ist alles weit weg vom Alltagsverstand. Auch von links liegen zahlreiche und gut ausgearbeitete Ansätze zu Reregulierung der Finanzmärkte und dem Abbau der Schulden vor. Eine Politisierung muss auch anders ansetzen. Letztlich geht es auch bei den Protesten der Empörten oder von Occupy! darum.

Muss der Schuldendienst an jene, eben noch vom Staat geretteten Finanzinstitutionen geleistet werden? Sind diese Schulden nicht zu großen Teilen illegitim, also unrechtmäßig? Darüber wäre in demokratischen Konsultations- und Entscheidungsprozessen zu beraten, ein Schuldentribunal, ähnlich wie in Island oder in Ecuador zuvor: 2007 gründete Ecuador die erste regierungsoffizielle Rechnungsprüfungskommission über Auslandsschulden («Auditoria»). Nach einem sehr kritischen Bericht, indem zahlreiche dieser Schulden als «illegitim» bezeichnet und für ihre Nichtbedienung plädiert wurde, beschloss die Linksregierung von Raffael Correa über die Unrechtmäßigkeit weiter den Schuldendienst von 38% des Staatshaushaltes im

Jahr 2006 auf 11,8% im Jahr 2010 drücken. Die sozialen Investitionen und der Ausbau der Infrastruktureinrichtungen sollten im Gegenzug stark steigen.

Welche und in welcher Höhe sind Schulden zu bedienen? Wie viel soll für den Schuldendienst oder Investitionen frei bleiben, und für welche? Dies ist kein Problem nur peripherer Staaten. Benötigen wir nicht generell einen Schuldenschnitt (nicht nur für Griechenland), einer Währungsreform vergleichbar? Dies würde über Appelle zur Solidarität mit Griechenland hinaus gehen, unmittelbarer gemeinsame Interessen verknüpfen. In Verbindung mit einer gerechteren Steuerpolitik, die Kapital und Vermögende wieder stärker zur Finanzierung des Öffentlichen heranzieht, also das gesellschaftliche Mehrprodukt wieder der Allgemeinheit zurückführt, könnten so Umverteilung gestoppt, umgekehrt, Spielräume für eine andere Politik überhaupt wieder eröffnet werden. Benötigt wird ein Rettungspaket für eine erneuerte solidarische Sozialversicherung für alle und von allen statt

privater Eigenvorsorge, Zweiklassenmedizin und billiger Pflege, und zwar im Sinne einer umfassenden Idee eines sozialen Europa mit gemeinsamen Mindeststandards und transnationalen sozialen Rechten. Umverteilung ist wesentliche Voraussetzung jeder linken Politik.

Ich arbeite als Krankenschwester bis zur Erschöpfung und es reicht doch nicht für die Familie. Für die Patienten ist kaum Zeit, sie werden wie Waren behandelt. In der Schule können meine Kinder dem Druck kaum standhalten. Aber ich habe auch für sie kaum Zeit. Wann gibt's für uns einen Rettungsschirm?

Perspektivisch wäre damit eine schrittweise Sozialisierung der Investitionsfunktion notwendig: Denn wer entscheidet eigentlich über den Einsatz der Ressourcen in der Gesellschaft und darüber, welche Arbeiten gesellschaftlich notwendig sind? Der Markt als effizientester Allokationsmechanismus für Investitionen hat sich blamiert. Das neoliberale Kredit- und Finanzsystem

sammelt zwar noch die vereinzelten (latent produktiven Geld-)Kapitale ein, es gelingt jedoch nicht mehr, sie in ausreichend produktive Investitionen zu lenken. Stattdessen produziert die Überakkumulation von Kapital Wellen spekulativer Blasen, gefolgt von Kapital- und Arbeitsplatzvernichtung, während immer größere Bereiche gesellschaftlicher Reproduktion (z. B. Erziehung und Ausbildung, Umwelt, Hungerbekämpfung, Infrastrukturen und öffentliche Dienstleistungen) liegen bleiben bzw. kaputt gespart werden. Dann muss auch die Investitionsfunktion stärker zur öffentlichen Aufgabe werden, über internationale Finanzregulierung hinaus etwa über die Vergesellschaftung von «systemrelevanten» Banken, den Ausbau eines Netzes öffentlicher Banken und breiter Einführung partizipativer Haushalte auf allen Ebenen. Sozialisierung partizipative Entscheidung über Investitionen ist Voraussetzung eines linken Projekts der gesellschaftlichen Umgestaltung.

Mario Candeias ist Referent für Kapitalismuskritik bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung.



IST DIE GANZE WELT BALD PLEITE?

RLS-SPEZIAL

ZUR AKTUELLEN STAATSSCHULDEN-UND EUROKRISE

WWW.ROSALUX.DE/NEWS/37924



«OCCUPY» - PROFITEURE DER KRISE ZUR KASSE!

BESCHLUSS DER PARTEI DIE LINKE, ERFURTER PARTEITAG VOM 21. OKTOBER 2011

Wut auf und Widerstand gegen diese Finanzmafia, die sich auf Kosten von Beschäftigten, Studierenden, Rentnerinnen und Rentnern bereichert, ist nötig. DIE LINKE solidarisiert sich mit den weltweiten Protesten der Occupy-Bewegung, die am 15. Oktober 2011 in mehr als 480 Städten stattgefunden haben. DIE LINKE verurteilt alle Versuche, diese Bewegung gegen Bankenmacht und Zockermentalität zu kriminalisieren, und fordert die Verantwortlichen auf, weitere Protestaktionen wie das Zelten vor Banken und Parlamenten nicht zu verhindern.

Nach der Erweiterung des Eurorettungsschirms auf 780 Mrd. Euro sollen auf dem Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs am 23. Oktober 2011 in Brüssel durch eine Aufblähung («Hebelung») des Betrags weitere finanzielle Risiken zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Europa eingegangen werden. Was die Euro-Regierungschefs – allen voran die Deutsche Bundeskanzlerin – unter

einer Euro-Rettung versteht, muss als Verarmungsprogramm für die Bevölkerungen der Krisenländer bezeichnet werden. Die radikale Kürzungspolitik, die Ländern wie Griechenland und Portugal aufgezwungen wird, ist aber nicht nur sozial zutiefst ungerecht. Sie ist auch ökonomisch unsinnig. Stattdessen muss den Euro-Krisengewinnlern, vor allem den Spekulanten der Finanzmafia, durch ein rabiates Verbot einer Vielzahl von windigen Finanzkonstrukten (z.B. Leerverkäufe, ungedeckte Kreditausfallversicherungen CDS etc.) das Handwerk gelegt werden.

DIE LINKE hat als einzige Fraktion am 29. September 2011 den erweiterten Eurorettungsschirm im Bundestag abgelehnt, während alle anderen Fraktionen mit immer mehr Steuerzahlergeld ein in dieser Form unwirksames, dafür aber unglaublich teures Krisenmanagement fortführen. Die einzigen, die mit Sicherheit von dieser Politik profitieren, sind die Spekulanten. Für Griechenland hingegen ist es

ein weiterer Rettungsring aus Blei. In seiner jetzigen Form festigt die «Euro-Rettung» die Diktatur der Finanzmärkte, sie ist daher letztlich ein Angriff auf die Demokratie in Europa.

DIE LINKE ist Teil der demokratischen Erneuerungsbewegung für Europa. Sie unterstützt den Widerstand von Beschäftigten und Gewerkschaften gegen die unsozialen Kürzungsauflagen in Europa.

DIE LINKE unterstützt die deutschfranzösische Initiative der linken Fraktionen in der französischen Nationalversammlung und im Bundestag zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer 2012 in Deutschland und Frankreich. DIE LINKE will das europäische Banken- und Finanzsystem dauerhaft unter öffentliche Kontrolle nehmen. Notwendige Rekapitalisierungen von Banken bei einem Schuldenschnitt Griechenlands mit Steuergeldern müssen an die Mehrheitsbeteiligungen für die öffentliche Hand an diesen Banken geknüpft werden. Es muss endlich eine wirksame europäische Vermögensabgabe eingeführt werden, um die Verursacher und Profiteure der Krise zur Kasse zu bitten. Die EU braucht neue vertragliche Grundlagen. DIE LINKE fordert einen Neustart der EU mit einer Revision der neoliberalen, militaristischen und undemokratischen Bestimmungen der europäischen Verträge. Europa wird sozial sein, oder es wird nicht sein. Solidarität mit dem Widerstand gegen die Finanzmafia!

Ich bin super ausgebildet. Leistungswillig. Positiv. Alles was so verlangt wird. Aber ich bekomme keinen Job, von dem ich leben, keine Wohnung, die ich bezahlen kann. Schon gar nicht mit Familie oder so. Weil die 1% alles haben? Banker und Politiker uns ausnehmen? Stimmt schon. Aber das ganze System ist doch das Problem! Und es hat einen Namen: Kapitalismus.

Clara, Hamburg

MICHAEL BRIE

WEHRT EUCH UND LERNT DABEI!

ROSA LUXEMBURG UND DER LEBENDIGE STOFF DER GESCHICHTE

WAS HÄTTE ROSA WOHL HEUTE ZU OCCUPY GESAGT?

Im Januar 1905 begannen in Russland und dem russisch besetzten Teil Polens große Massendemonstrationen, die zunächst blutig niedergeschlagen werden. Aber es kommt zu politischen Massenstreiks und einer Revolution, die erst zwei Jahre später erstickt werden kann - mit dem Versprechen auf Teilreformen, partieller Anerkennung einiger politischer und sozialer Errungenschaften der Revolution und vor allem durch blanke Gewalt. Rosa Luxemburg aber sitzt in Deutschland, dem Hort der großen Sozialdemokratie, die für sie so lange Vorbild war. Jetzt aber ist hier alles erstarrt. Die Kolonnen auf dem Marsch zum Sozialismus sind gefangen in einer Strategie vieler kleiner Kompromisse und des Abwartens auf den Tag der Entscheidung. Hier hieß es nur: «Generalstreik ist Generalunsinn.»

Ende 1905 hat Rosa Luxemburg genug, sie geht nach Polen, nach Warschau, in den Untergrund. Schon im März wird sie verhaftet und dann mit Geld und List freigekauft. Die Erfahrung dieser kurzen Zeit der Massenbewegungen, der Massenstreiks, des revolutionären Handelns von Arbeitern, Bauern, breiten Volksmassen verändert ihr Leben, ihr Denken, ihr Handeln. Hatte sie schon vorher gezweifelt am Sinn zentralistisch-bürokratischer Strukturen, an der Verordnung der politischen Linie von oben, an der Allwissenheit der Führer – jetzt wird es ihr Gewissheit.

Im russisch besetzten Finnland, im kleinen Dorf Kuokkala, unweit von St. Petersburg, blieb sie einige Monate, im engsten Austausch mit Lenin und anderen Bolschewiki. In dieser Zeit schrieb sie vielleicht ihr größtes politisches Werk «Massenstreik, Partei und Gewerkschaften». Es ist ein Paradigmenwechsel. War bis dahin unter den orthodoxen Marxisten angenommen worden, die bewusste Organisation sei die Vorbedingung, so beobachtet Rosa Luxemburg in Russland: «Madame Geschichte dreht den bürokratischen Schablonenmenschen ... von weitem lachend eine Nase. Die festen Organisationen, die als unbedingte Voraussetzung für einen eventuellen Versuch zu einem eventuellen deutschen Massenstreik im voraus wie eine uneinnehmbare Festung umschanzt werden sollen, diese Organisationen werden in Russland gerade umgekehrt aus dem Massenstreik geboren!»

Rosa Luxemburg erfasste den Widerspruch von Selbstorganisation und der Eigenmacht von Parteien, Gewerkschaften und Führung von unten her, aus der sozialen Bewegungen heraus. Dort suchte sie den «lebendigen Stoff der Weltgeschichte». Von dorther versuchte sie, die Funktionen von Organisationen und Führern, von Leitung und Theorie zu verstehen. Sie wusste um die Unvermeidlichkeit der Verselbständigung derselben, aber sie wehrte sich mit aller Entschiedenheit dagegen, aus dieser Verselbständigung eine Tugend zu machen. Wie schrieb Rosa Luxemburg: «Die Kampftechnik ... wird in ihren Hauptzügen überhaupt nicht (erfunden), sondern sie sind das Ergebnis einer fortlaufenden Reihe großer schöpferischer Akte des experimentierenden, oft elementaren Klassenkampfes. Auch hier geht das Unbewusste vor dem Bewussten, die Logik des objektiven historischen Prozesses vor der subjektiven Logik seiner Träger.» Von einer solchen Position aus hätte sie



vor allem heute eines gemacht: Alle Formen des Widerstandes gegen die antidemokratische, antisoziale, antiökologische und imperiale Politik der Krisenbearbeitung durch die Herrschenden zu studieren, um in der gemeinsamen Diskussion Wege zu finden, wie daraus eine starke Bewegung für einen sozialökologischen Richtungswechsel entstehen kann.

Am Anfang, so Rosa Luxemburg, steht das Sich-Wehren, steht das Handeln, die Tat. Heute hätte sie sicherlich wieder gesetzt auf jene, die die Straßen und Plätze besetzen, die den Zugang zu den Orten der politischen und ökonomischen Macht blockieren, die in Betrieben für eine andere Wirtschaftsweise wirken, die um bessere Löhne und soziale Sicherheit kämpfen. Aber sie hätte auch gewusst, dass dies nur der Anfang sein kann auf einem Weg, auf dem das gemeinsame Handeln der vielen Fragmente einer neuen Linken erst entstehen muss. damit aus den kleinen Bächen und Flüssen ein Strom wird, der den Lauf der Geschichte verändert.

Michael Brie ist Referent für Theorie und Geschichte des Sozialismus am Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS.



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Impressum OCCUPY

Herausgeberin: Rosa-Luxemburg-Stiftung Redaktion: Mario Candeias (V.i.S.d.P.) · Redaktionsschluss: 16.11.2011 · Titelfoto: Ed Schipul/Flickr Layout und Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation